

Vernünftige Diskurse zur Gestaltung der Gesellschaft

Uwe Hochmuth

1 Perspektivenverschiebung

Der im Tagungstitel aufgerufene Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Demokratie wurde im Verlauf der Veranstaltung auch als der Zusammenhang zwischen Verteilung als einer zentralen ökonomischen Betrachtung der Welt und Klimaschutz als einer zentralen ökologischen Betrachtung der Welt ausformuliert. Wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftlicher Wohlstand und demokratische Verfasstheit wurden dabei stets als Querschnittsthemen mitgedacht. Bei Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Verteilung des Zugangs zu öffentlichen Leistungen wird z.B. Wachstum in aller Regel als ein Schlüssel zum Ausgleich von großen Differenzen und damit zu nachhaltiger Wohlstandssicherung sowie demokratischer Integration gesehen. Im Zusammenhang mit Klimaproblematiken treten z.B. viele Wachstumsfolgen jenseits der Versorgungsverbesserung als längerfristige Gefährdung des Wohlstands und in der Folge auch der demokratischen Verfasstheit auf. Die Beschreibungen unter diesen verschiedenen Perspektiven verweisen dabei zumindest auf drei noch zu bearbeitende Gegenstandsbereiche: auf ein noch nicht ausreichend genau abgrenzbares Kernthema, auf die Frage unter welchen Bedingungen ein Krisenbewusstsein handlungsauslösend wirkt, und auf einen schwierigen, gleichwohl möglichen Lösungsansatz.

Um sich dem anzunähern wird zunächst die Herangehensweise als Perspektivenbetrachtung beschrieben (Abschn. 2). Danach wird anhand der Bedrohung der natürlichen Umwelt bzw. anhand der Klimakrise (Abschn. 3) und der Gefahren der sozialen Umwelt durch die als ungerecht empfundene Einkommensverteilung (Abschn. 4) beschrieben, dass diese Problemfelder insbesondere unter den Bedingungen von geringem, ausbleibendem oder sogar ne-

gativem Wachstum breit akzeptierte Lösungen brauchen. Die werden in der Nutzung deliberativer Verfahren gesucht (Abschn. 5). Als ein möglicher Ort dafür sind die Kommunen als eine Art Nukleus geeignet, weil zentrale gesamtgesellschaftliche Probleme als kommunale Probleme aufscheinen (Abschn. 6).

2 Perspektivenbetrachtung und Verflechtung der Themen

Perspektiven meint hier verschiedene Blickrichtungen, aus denen ein zu untersuchendes Phänomen betrachtet wird bzw. aus denen eine ausreichend handlungsanleitende Deutung der wahrgenommenen Welt geschieht. Ein bestimmter Sachverhalt – hier die aktuelle Situation entwickelter industrieller Gesellschaften – wird aus unterschiedlichen thematischen Sichtweisen so dargestellt, dass diese sich ergänzen und zu einer umfänglichen Erfassung des Untersuchungsgegenstandes anreichern können. Dieser durch die Zusammenschau verschiedener Perspektiven erweiterte konzeptionelle Zugriff auf die Wirklichkeit schafft eine ganzheitlichere Vorstellung des betrachteten Phänomens. Dabei geht es nicht um etwas wie die optisch-geometrische Exaktheit von unterschiedlich anschaulichen, aber genau aufeinander beziehbaren bzw. ableitbaren räumlichen Perspektiven in einem dreidimensionalen Koordinatensystem, sondern um die gebrochenen gedanklichen Konstruktionen einer sehr komplexen Wirklichkeit mit mehr als drei Dimensionen. Gebrochen zum einen durch die subjektiven Zugänge zu ihr und zum anderen durch die Spezifika des jeweiligen thematischen Blickwinkels, der bestimmte Faktoren hervorhebt und andere ganz oder zumindest teilweise unbeachtet lassen muss.

Die Darstellung der Anordnung und relativen Positionierung von Punkten oder Objekten in Räumen durch Zahlen wie man sie von geometrischen Koordinatensystemen kennt und oft bei der Erklärung von messbaren Zusammenhängen sieht (z.B. Einkommen, Konsum und CO₂-Fußabdruck) ist zwar optisch auf drei Dimensionen bzw. drei Perspektiven beschränkt, aber nicht logisch. Man muss für komplexere Sachverhalte in öffentlichen Diskursen zu strittigen Themen diese Betrachtungsweise in zwei Richtungen aufweiten. Zum einen auf mehr als drei Dimensionen (z.B. Einkommen, Konsum, CO₂-Fußabdruck und Bildungsabschluss) und zum anderen auf Merkmale die nicht in Zahlen aufgehen (z.B. Gerechtigkeitsvorstellungen).

Während also die darstellende Geometrie in der Zusammenschau der unterschiedlichen Perspektiven den Anspruch auf genaue Darstellung erheben

darf, gilt dies nicht für die multiperspektivische Sicht auf kulturelle, gesellschaftliche oder soziale Phänomene. Die formale Darstellung ersterer ist die vorläufige Grundlage für die »intuitive« Erweiterung zur Vorstellung zweiterer. Hier kann man sich an die Komplexität der betrachteten Phänomene nur annähern. Auch bei der Verflechtung verschiedener Sichtweisen auf diese Phänomene in einem umfassenden Bezugsrahmen bleibt die Vorstellung von diesen unvollständig. Die unterschiedlichen Betrachtungsaspekte können in aller Regel nicht ohne Weiteres in Einklang gebracht werden, sie sind nicht linear harmonisierbar. Vielmehr müssen die Argumentationslinien mehrerer analytisch getrennter Themenfelder eines eigentlich gemeinsamen Gesamtbereiches nachvollzogen werden. Dessen Komplexität ist nicht unmittelbar erfassbar, weil zu viele Personengruppen-, Sach- und Zeitdimensionen oder auch unterschiedlich faktenbasierte, begriffliche, normative und spekulative Ebenen mit je eigenen Argumentationslinien existieren. Hinzu kommt, dass die Gleichzeitigkeit von realen Geschehnissen zwingend in sprachlicher Sequenzialität abgebildet werden muss. Insgesamt ergibt sich daraus, dass die vielfältigen Möglichkeiten der Sicht auf komplexe Sachverhalte zu individuell eigenen Vorstellungen führen, die nur in diskursiven Verfahren zu koordinieren sind.

Die im Hintergrund latent mitgedachte vorläufige Zusammenschau der verschiedenen Sichtweisen relativiert und kontrastiert deren einzelne aspektgebundenen Argumentationen. Im Gelingensfall schafft dies dennoch eine ausreichend aufeinander abgestimmte, orchestrierte Betrachtung der epistemischen Perspektiven und hilft so, opake Systeme wie die kulturelle Selbstorganisation moderner Gesellschaften besser zu verstehen, sich darüber mit anderen Akteuren zu verständigen und abgestimmte Lösungen für deren zentrale Probleme zu finden. Im Hinblick auf das Tagungsthema zeigte sich, dass nicht allein die unterschiedlichen normativen und von Interessen geleiteten Vorstellungen aufeinander abgestimmt werden müssen, sondern über weite Strecken auch die Gültigkeit von Fakten (siehe u.a. die Darstellung der Helmholtz Klima Initiative 2012/2021).

3 Umweltprobleme und Klimakrise

Die Umweltbelastungen durch exzessive Rohstoffverwendung, sehr starken Landschaftsverbrauch und übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie Verschmutzungen durch den Eintrag von Schadstoffen in die Natur haben

ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Ohne rasche Gegenmaßnahmen wird dies wahrscheinlich zur Zerstörung wesentlicher Grundlagen des Ökosystems und der Biodiversität und damit des menschlichen Lebens führen. Im globalen Süden sind die Ergebnisse solchen Verhaltens in Form von Hunger, Krankheit oder Krieg bereits offensichtlich. Sie sind Auswirkungen eines im globalen Norden erreichten hohen materiellen Lebensstandards, der allerdings auch dort sehr ungleich verteilt ist.

Die globalen Belastungen können nicht dauerhaft so ungleich auf die jetzt schon leidenden Teile der Welt verlagert werden. Nach momentanem Kenntnisstand lässt sich diese Entwicklung – wenn überhaupt – nur noch unter gewaltigen Anstrengungen eindämmen oder rückgängig machen. Die Hauptträger der notwendigen Maßnahmen sollten als Hauptverursacher die wohlhabenderen und technologisch entwickelten Länder sein. Fluchtbewegungen nach Norden und die Folgen der auch dort immer drastischeren unmittelbaren Klimawirkungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kosten in die Länder der bisherigen Nutznießer tragen. Um daraus entstehende kaum beherrschbare weltpolitische Verwerfungen und letztlich auch Gefahren für die längerfristige Sicherung des Wohlstands im Norden zu vermeiden, sind kurzfristige wirtschaftliche Kompensationen für den Süden nur schwer vermeidbar. Wie diese aufgebracht werden können, ist äußerst unklar und mit Sicherheit sehr konfliktbehaftet. Die daraus entstehenden Belastungen treffen auf eine Situation, in der sich große Teile der Menschen im Norden selbst wirtschaftlich bedroht sehen und die bisherigen wirtschaftlichen Wachstumsszenarien, deren Versprechen bisher als Druckentlastung dienten, haben so stark an Überzeugungskraft verloren, dass daraus Gefahren für demokratische Strukturen entstehen.

Vor einem solchen Wahrnehmungshintergrund entstanden zum Schutz der Umwelt zahlreiche nichtstaatliche Aktionsgruppen sowie öffentlich erkennbare Partei- und Verbandsaktivitäten. Deutlich sichtbar wurde dies spätestens bei »global denken – lokal handeln«, der Überschrift für die 1992 in Rio de Janeiro beschlossene Agenda²¹. Darin wurden Kommunalverwaltungen, die lokale Zivilgesellschaft und einzelne Bürger aufgerufen vor Ort gemeinsam neue Kooperationsformen für eine aktive Stadtentwicklung zu schaffen. Die unterschiedlichen Engagements in den alltäglichen lokalen Lebenswelten¹ sollten sich unter der gemeinsamen Zielsetzung der Nach-

1 Lebenswelt meint hier den Bereich des öffentlichen Sozialraums, in dem ein Akteur auf der Basis intersubjektiv geteilter Vorstellungen sinnvoll strukturiert handeln kann,

haltigkeit zu weltweit spürbaren Wirkungen aufsummieren. Dabei wurde Nachhaltigkeit nicht nur unter dem Aspekt des Schutzes der natürlichen Umwelt gesehen, sondern auch hinsichtlich sozialer und generationenbezogener Gerechtigkeit, ökonomischer Machbarkeit und Förderung der politischen Teilhabe. Ein weiteres wesentliches, über die konkreten Einzelaktivitäten hinausgehendes Ziel war es zudem, Lernprozesse anzuregen und so das nachhaltige Verhalten aller Akteure jenseits von ökonomischen Anreizen und Sanktionsandrohungen kulturell zu verankern.

Trotz des zögerlichen Anlaufs der entsprechenden Realisierungsprozesse und obwohl sich sehr oft unbefriedigende Verläufe ergaben, konnten durchaus auch Erfolge verzeichnet werden. Die örtlichen Maßnahmen in den dafür geeigneten kommunalen Handlungsfeldern haben zwar seither viele unmittelbar erlebbare Verbesserungen bewirkt, wurden aber nicht statistisch nutzbar erfasst und besitzen deshalb in öffentlichen Diskursen eher episodischen als systematisch beweisenden Charakter. In ihrem Rahmen wurden jedoch neue Kooperationsformen z.B. zwischen Bürgern, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Vereinen oder Religionsgemeinschaften geschaffen und oftmals institutionalisiert. Dieser Umgang miteinander wiederum zeigte den beteiligten Akteuren geeignete Instrumente zur sinnvollen Teilhabe an der Stadtentwicklung und hat trotz unvermeidbarer Abnutzungseffekte wertvolle Anknüpfungspunkte für zukünftig notwendige Formen der legitimitätsstiftenden Meinungs- und Willensbildung auf den Weg gebracht (siehe hierzu Abschn. 6). Allerdings sind dringlich notwendige und kulturell zu verankernde Verhaltensänderungen wie beispielsweise in umweltrelevanten Konsum- und Produktionsmustern noch immer kaum erkennbar.

Auch auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene konnten einige der Beeinträchtigungen der Umwelt noch repariert oder begrenzt werden. So berichtete beispielsweise das Umweltbundesamt am 23.10.2024, dass 2023 mehr als die Hälfte des in Deutschland erzeugten Stroms von erneuerbaren Energieträgern stammt und die daraus resultierende Verdrängung fossiler Brennstoffe die Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen um 197 Mio. Tonnen von CO₂-Äquivalenten reduzierte. Im Bereich des globalen Naturschutzes wurde am 24.6.2024 mit einer Verordnung des Europäischen Parlaments und

weil er in dieser Umgebung sozialisiert bzw. enkulturiert wurde. Dieses Handeln erscheint zunächst selbstverständlich, kann jedoch im Rahmen von Lernprozessen verändert werden.

des Rates (Nature Restoration Law) festgelegt, dass über den Erhalt noch intakter natürlicher Lebensräume hinaus bereits geschädigte wiederhergestellt werden müssen.

Beide positiven Beispiele verweisen darauf, dass der Umweltzerstörung durch Bürgerbeteiligung an gesellschaftlichen Diskursen und Nutzung politischer Institutionen entgegengewirkt werden kann. Bei genauer Betrachtung zeigen sie jedoch auch, wie notwendig noch weitergehendere Maßnahmen in den jeweiligen Themenfeldern sind und welche Vielzahl damit verbundener zusätzlicher Problembereiche existieren. Eine entsprechende Ausdehnung und Intensivierung der Befassung mit diesen Sachverhalten erfordert nach den bisherigen Erfahrungen mit der Implementierung von Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung zum einen eine fundierte zivilgesellschaftliche Meinungs- und Willensbildung über unvermeidbare Verhaltensbeschränkungen sowie zum anderen eine daran anschließende wirksame Gesetzgebung. Ansonsten kann nicht die erforderliche Legitimation für die damit einhergehenden notwendigen Eingriffe in bestehende Produktionsformen (z.B. Nutzung fossiler Energieträger oder Belastung durch Mikroplastik) und gewohnte Konsumgewohnheiten (z.B. Flugbewegungen oder Fleischkonsum) hergestellt werden.

Zahlreiche gravierende Umweltschäden bleiben als spezifische Problematiken oft unter einer relevanten Wahrnehmungsschwelle oder unterliegen verschleiernenden Wahrnehmungsverzerrungen. Sie geraten dadurch in eine Art kollektiv halbbewussten Zustand, der zwar nicht Unkenntnis bedeutet, aber auch noch nicht hinreichend handlungsinduzierende bzw. sinnstiftende Dringlichkeit signalisiert. Ein Beispiel hierfür ist die Umweltbelastung durch Mikroplastik. »Mikroplastik sind feste, unlösliche, partikuläre und nicht biologisch abbaubare synthetische Polymere in einem Größenbereich von weniger als 5 Millimetern bis 1.000 Nanometer« (BUND o.J.; o.S.). Der Eintrag dieser Substanzen in die Umwelt hat schon ein sehr bedenkliches Ausmaß erreicht.² Aufgrund ihrer Verursachung durch das Waschen synthetischer Textilien, Reifenabrieb von Kraftfahrzeugen, Bestandteile von Pflegeprodukten oder Nutzung von Kunstrasenplätzen und deren hoher Bedeutung für den gewohnten alltäglichen Konsum ist kaum damit zu rechnen, dass unter den aktuellen Bedingungen öffentlicher Diskurse über notwendige Einschnitte in das eingespielte Konsumverhalten eine schnelle und ausreichend

2 Eine hilfreiche Darstellung der Problematik von Mikro- und Makroplastik findet sich in Bertling/Bertling/Hamann 2018.

wirksame Abhilfe zu erwarten ist. Da zudem die bedeutsamen Zusammenhänge zwischen den Mengen, den Eintragswegen und den unterschiedlich fristigen Wirkungen noch recht unklar sind, kann nicht mit ausreichender Gewissheit über eventuelle Eingriffswirkungen geurteilt werden. Zusammen mit der geringen unmittelbaren Sichtbarkeit der Umweltschäden durch Mikroplastik befördert dies ein Verdrängungsverhalten und führt im Rahmen der aus handlungstheoretischer Sicht grundsätzlich nötigen, in diesem Fall aber problematischen Wahrnehmungsselektion zur Hintanstellung der damit verbundenen Gefahren. Dadurch wird der öffentliche Diskurs über die unumgänglichen Einschränkungen behindert. Das gesamte Thema bleibt in einem inhaltlich unklaren Zustand und individuelles, gesellschaftliches sowie politisches Handeln werden deshalb unnötig verzögert. Zugleich entstehen so die Voraussetzungen für die Möglichkeit unterkomplex erklärter oder irregeleiteter Schlussfolgerungen.

Die Gründe für solche Entwicklungen gehen über die eben genannten hinaus. Sie sind vielschichtig und bedürfen sicherlich noch profunder Forschung, können aber vorläufig in einem Spektrum zwischen Resignation aufgrund von Überforderung, verdrängungsbedingter Gleichgültigkeit, affektiver Ablehnung umweltpolitischer Maßnahmen bis hin zu einem demonstrativ normverletzenden Zynismus beschrieben werden. Aus einer veränderten Perspektive könnte man das Problem, dass trotz Erkennen der Umweltkrise keine Abhilfe schaffenden Handlungen ausgelöst werden, auch als kognitive Dissonanz bezeichnen, die im Leugnen der Krise, im Ausblenden von Fakten oder in der Konstruktion von rechtfertigenden Handlungsgründen mündet. Zunehmend herausfordernd wird auch, dass in der zivilgesellschaftlichen und politischen Diskussion kontrafaktische Positionen auftreten, die den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse leugnen oder sie als alarmistisch denunzieren und die Dringlichkeit von Schutzmaßnahmen bezweifeln. Auf diese Weise werden die Konsequenzen des umweltschädlichen Verhaltens und die Wirkungen eventueller Abhilfemaßnahmen so unklar gehalten, dass kein Wandel im Hinblick auf den Umgang mit der Umwelt eingeleitet wird und viele dringende Entscheidungen zu deren Schutz unterbleiben.

Prototypisch für diese vorläufig beschriebene, schwer abgrenz- oder kategorisierbare und manchmal seltsam opak erscheinende Umweltkrise ist die Klimakrise. Sie ist in vielerlei Hinsicht eng mit den anderen von Menschen verursachten Umweltproblemen wie etwa Ressourcenverknappung, Schadstoffeintrag oder Verlust der Artenvielfalt verflochten. Löst man sie zunächst analytisch beschreibend aus diesem Gesamtzusammenhang heraus, lassen sich

einige daraus resultierende Folgerungen klarer fassen und so besser den notwendigen Diskursen über Reaktionsmöglichkeiten zuführen.

Modellhaft ist die Klimakrise insbesondere für den problematischen Umgang der Gesellschaft mit existenzbedrohenden Krisen. Dass der momentane Einsatz fossiler Brennstoffe, das Abholzen von Wäldern, die Viehhaltung, der starke Düngereinsatz und die Emission fluorierter Gase durch Freisetzung von Treibhausgasen das Klima durch die so beeinträchtigte Wärmeabstrahlung der Erde in bedrohlicher Weise schädigen, ist nicht ernsthaft bestreitbar und statistisch-wissenschaftlich vielfach belegt (u.a. Nationale Akademie der Wissenschaften 2021). Zu den dort gewonnenen Erkenntnissen gehört z.B. auch, dass die G20-Staaten, also die wesentlichen Industrieländer, mehr als vier Fünftel des CO₂-Ausstoßes produzieren (Statistisches Bundesamt 2025: 83,4 % im Jahr 2023). Dass diese Emissionen entstehen, beruht im Wesentlichen auf dem Kauf- und Konsumverhalten der dort lebenden Menschen und den dazu notwendigen Produktionsprozessen. Trotz des Wissens um diese ungerechten globalen Belastungsverteilungen bleiben die daraus folgenden unangenehmen Erkenntnisse über notwendige Maßnahmen zu deren Abhilfe seltsam verschattet. Die angemessenen politischen Reaktionen und wirtschaftlichen Kompensationen hätten derart signifikant einschränkende Wirkungen auf das Verbraucherverhalten in den G20-Staaten und würden eine solch angespannte öffentliche Diskussion auslösen, dass man dem lieber ausweicht und die Probleme verdrängt. Dadurch werden sie einer öffentlichen Befassung und damit letztlich der Lösung entzogen.

Ebenso wie die Ursachen sind auch die Folgen des Klimawandels umfänglich wissenschaftlich untersucht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (u.a. Nationale Akademie der Wissenschaften 2021). Die drastischen Auswirkungen des Klimawandels sind aber nicht nur in akademischen Studien nachvollziehbar und geprüft dargelegt. Sie zeigen sich auch direkt erlebbar in so vielfältigen Phänomenen wie Hitzewellen, Dürren, Starkregen, Hunger, Krankheiten oder Änderungen von Meeresströmungen. Wie dramatisch die aktuelle Lage in dieser Hinsicht ist, lässt sich u.a. an der Aussage des UNO-Generalsekretärs in der Neujahrsbotschaft 2025 ablesen. »Und heute kann ich offiziell berichten, dass wir gerade ein Jahrzehnt tödlicher Hitze hinter uns haben. ... Das ist der Klimazusammenbruch – in Echtzeit. Wir müssen diesen Weg ins Verderben verlassen – und wir haben keine Zeit zu verlieren.« (Guterres 2024 o.S.)

Die so beschriebenen Ursachen und Folgen des Klimawandels verweisen jedoch auch auf einen Hintergrund für die Entwicklung möglicher Lösungs-

konzepte (siehe Abschn. 5), aber zunächst und mehr noch zeigen sie auf das hinter den objektiven Feststellungen liegende Problem, dass die bisher schon getroffenen Entscheidungen zur Abhilfe nicht unumstritten waren und die noch einzuleitenden wegen des Zeitdrucks und der nötigen Eingriffstiefe eine sehr schwierige öffentliche Meinungs- und Willensbildung bringen werden, für die noch keine vernünftigen Prozesse und Institutionen etabliert sind. Bei allen oben als problematisch dargestellten Sachverhalten der Umweltbelastungen und insbesondere der Klimakrise wird sichtbar, dass selbst die erzielten Erfolge noch darauf verweisen, wie unverzichtbar es unter dem gegebenen Zeitdruck ist, mehr und intensivere Abhilfeleistungen zu erbringen. Bei der Vielfalt qualitativ unstrittiger wissenschaftlicher Forschung zu Ursachen ebenso wie zu Folgen der Umwelt- und Klimasituation liegt der Schluss nahe, dass es vernünftig wäre, darauf unmittelbar mit Gegenmaßnahmen zu reagieren. Die sind jedoch leider nicht festzustellen. Die bisherigen Lösungsansätze sind erkennbar unzulänglich oder unterbleiben in manchen Bereichen ganz. Selbst die unmittelbare Anschauung von Zerstörungen in direkter räumlicher Nähe oder von dokumentiertem Hunger in entfernten Ländern ändern kaum etwas daran. Unabhängig davon, ob es an politischem Unwillen, gesellschaftlicher Drucklosigkeit, persönlicher Unwissenheit oder Ignoranz liegt, verweisen diese Gründe darauf, dass ein ausreichendes Problembewusstsein und ein daran anknüpfender Handlungswille geschaffen werden müssen. Dazu gehören nicht nur die vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten, insbesondere wenn sie unter normativen Geltungsansprüchen vorgetragen werden, sondern auch die Darlegung der grundlegenden Fakten, die wegen ihrer Komplexität ohne geeignete Darstellung durch Wissenschaftler und Experten für Laien oftmals kaum durchschaubar sind. Verschärft wird dies zudem noch durch laut auftretende Akteure – bis hinein in weltweit einflussreiche Regierungen bedeutender Staaten –, die den Klimawandel generell oder die Verursachung durch den Menschen leugnen. Dem kann nur durch öffentliche Diskurse über faktenorientierte und normative Sachverhalte begegnet werden.

4 Einkommensverteilung und Armut

Ein weiteres Themenfeld, das wegen der offensichtlichen Meinungsdivergenzen die Notwendigkeit intensiver öffentlicher Kommunikation in liberalen Demokratien zeigt, ist die ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermö-

gen und Zugang zu öffentlichen Leistungen. Verbunden ist diese Problematik mit dem Themenkomplex »Umweltprobleme und Klimakrise« nicht zuletzt dadurch, dass die Konsequenzen sinnvoller Maßnahmen zur Bekämpfung der Umwelt- und Klimakrisen die Verteilungsproblematik noch signifikant verschärfen.³ Aber auch unabhängig von diesem Zusammenhang bergen die Ungleichverteilungen sozialen Konfliktstoff. Die Konsummöglichkeiten der unteren Gruppen von Einkommensbezieher*innen sind merklich schlechter als die der darüber liegenden, Sparen für Anschaffungen oder Altersvorsorge ist für sie nur schwer oder gar nicht möglich, ihre Teilhabe an gesellschaftlichen oder politischen Prozessen wird behindert und die soziale Mobilität bleibt weitgehend eingeschränkt. Dies gilt sowohl für die Verteilung der Wohlstandsgrundlagen zwischen globalem Norden und Süden als auch für die Verteilung zwischen den sozialökonomischen Gruppen innerhalb einzelner Länder. In der Bundesrepublik ist dieses Thema ebenfalls auf der politischen Agenda und sollte insbesondere vor dem Hintergrund von geringem, ausbleibendem oder gar negativem Wachstum betrachtet werden.

Wirtschaftswachstum ausgedrückt als Veränderung der Menge an produzierten Gütern und Dienstleistungen, gemessen im realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist in der öffentlichen Diskussion um den Wohlstand einer Volkswirtschaft einer der zentralen Erfolgsindikatoren (siehe dazu auch den Beitrag von Michael Mangold in diesem Sammelband). Der auf einer durch technischen Fortschritt, Investitionen und Produktivitätssteigerungen international wettbewerbsfähigen Wirtschaft beruhende Erfolg schlägt sich in steigenden Einkommen und Vermögen sowie in dadurch erreichbaren Konsummöglichkeiten und den Verbesserungen der Lebensbedingungen nieder. Mit dieser schablonenhaften Argumentationskette wird implizit das Versprechen von durch Wachstum möglichen Verbesserungen für alle Beteiligten verbunden. Die empirische Verteilung dieser Einkommens- und Vermögenszuwächse geschieht jedoch zugunsten der oberen Einkommensbezieher und Vermögens-

3 Hinsichtlich der Einkommensverteilung besteht der hauptsächliche Zusammenhang im Konsumverhalten der privaten Haushalte. Diese wirken zum einen durch ihr Nachfrageverhalten auf die in weiten Bereichen umwelt- und klimabelastende Herstellung der Güter. Zum anderen verursacht der Konsum des Nachgefragten selbst wieder solche Wirkungen. Beides steht in engem Zusammenhang und ist stark abhängig vom Einkommen der Haushalte. Daraus ergeben sich dann auch Themen im Rahmen der Konsumkritik und der aus Umweltschutzgründen notwendig werdenden Beschränkungen oder Veränderungen.

besitzer sehr ungleich und verschärft so die Problematik der Verteilungsungerechtigkeit statt sie zu dämpfen.

Da es hier nicht um eine erschöpfende Darstellung dieser Verteilungsprobleme geht, sondern darum, zu zeigen, dass sie – ebenso wie die zuvor thematisierten Umwelt- und Klimakrisen – auf bestimmte Lösungswege in liberalen Demokratien verweisen, wird die Einkommensverteilung als prototypisch herausgegriffen und auch primär unter diesem Aspekt beschrieben. Die Aussagen beziehen sich auf das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen oder Äquivalenzeinkommen. Aus der Summe der Bruttoeinkommen aus Markttätigkeiten (d.h. den Einkommen aus den sieben Einkunftsarten des Steuerrechts) wird nach Berücksichtigung von Abgaben, Steuern und Pflichtversicherungsbeiträgen sowie dem Saldo der Transfers das Nettoeinkommen berechnet. Fasst man diese für alle Mitglieder eines Haushalts zusammen, ergibt sich das Haushaltsnettoeinkommen. Dieses wird zur Wohlfahrts- und Verteilungsberechnung durch die gewichtete Anzahl der Haushaltsmitglieder dividiert (OECD-Skala: erste erwachsene Person 1, jede weitere 0,5, jedes Kind bis 14 Jahre 0,3), man erhält so das verfügbare Nettoäquivalenzeinkommen pro Person.

Legt man dieses Nettoäquivalenzeinkommen der Beurteilung der Einkommensverteilung zugrunde kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu folgender Einschätzung: »Ein Standardmaß, um die Einkommensungleichheit zu messen, ist der Gini-Koeffizient. Je höher der Wert zwischen 0 und 1, desto höher ist die gemessene Ungleichheit. Im Zeitraum zwischen 1995 und 2005 steigt die Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich von knapp 0,25 auf knapp 0,29 (...). Seitdem stagniert sie und legt mit kleineren Schwankungen nur noch leicht zu. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland damit unterhalb des OECD-Durchschnitts, der im Jahr 2018 bei 0,32 liegt.« (Grabka 2022: 336; ähnlich Niehues//Stockhausen 2024: 27f)⁴

Die öffentliche Wahrnehmung der ungleich verteilten Einkommen hat jedoch keine direkt fassbare Struktur, wie sie die Wissenschaft kennt. Ohne fachspezifisches oder wirtschaftstheoretisches Wissen wird diese Problematik eher an Einzelercheinungen sinnfällig. Sichtbarer Luxuskonsum kann z.B.

4 Es kann hier nicht tiefer darauf eingegangen werden, dass unterschiedliche Einkommensarten unterschiedliche Verteilungscharakteristiken aufweisen oder wie Einkommen und Vermögen zusammenhängen. Ausführungen hierzu finden sich u.a. in Grabka 2021.

auf als obszön hoch empfundene Einkommen aufmerksam machen, deren Bezug als ungerecht im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit bewertet wird. Wichtiger im Hinblick auf Gerechtigkeitsempfinden sind jedoch die kaum übersehbare Armutsbedrohung und die Angst vor sozialem Abstieg bis weit in die Mittelschichten. Das für die Statistik festgelegte Maß, wonach in der EU als arm gilt, wer ein bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen von unter 60 % des nationalen Medianeinkommens bezieht, hat für die alltägliche Erfahrung von eigener oder fremder Bedrohung keine erkenntnisleitende Wirkung. Dies gilt auch für unterschiedliche wissenschaftlich theoretische Konzepte zur Erfassung, ob eine Person oder Personengruppe ohne Hilfe von außen fähig ist, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, wie beispielsweise Ressourcenkonzept, Lebenslagenkonzept oder Capability-Konzept.⁵

Der öffentliche Eindruck prekärer Lebensumstände entsteht vielmehr entlang von Merkmalen wie beispielsweise Eigen- und Fremdwahrnehmung des sozialen Status von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in unterschiedlichen alltäglichen Handlungssituationen. Diese Sachverhaltsinterpretationen lassen sich nochmals untergliedern nach Kategorien, wie z.B. Dauerhaftigkeit von Armut oder deren Erscheinungsort in der Schule, am Arbeitsplatz, im Verein oder in der Nachbarschaft. Typische Beispiele für deren punktuellen Sichtbarwerden sind fehlende finanzielle Mittel bei Schulfreizeiten oder Vereinsaktivitäten, fehlende räumliche Mobilität, begrenzte Einkaufsmöglichkeiten, Essen in karitativen Einrichtungen, Flaschensammeln oder sichtbare Obdachlosigkeit. Daraus ergibt sich aber in der Öffentlichkeit kein geschlossenes Bild von Armut, sondern eine Ansammlung von heterogenen Hinweisen, die den eigentlichen Sachverhalt zwar nur trüb wiedergeben aber dennoch hohes Drohpotenzial besitzen. Dieses latente Vorhandensein von Armut und Abstiegsangst erzeugt in wechselseitiger Eigen- und Fremdwahrnehmung eine Atmosphäre des Prekären und der Unbehaglichkeit sowie des nicht konkretisierbaren aber gleichwohl drängenden Wunsches nach Abhilfe. Sowohl die aufklärende Beschreibung dieses Phänomens als auch die Entwicklung sinnvoller Lösungsvorstellungen kann nur durch öffentliche Kommunikation gelingen.

Der vielfältige und zugleich kaum erklärte Eindruck von Armut und Abstieg in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit wird aber auch stark durch die mediale, einschließlich der visuellen, Darstellung geprägt. Er entfaltet sich

5 Siehe zu solchen Konzepten u.a. Hauser 2008 oder Seddig/Holz/Landes 2017.

nicht in permanenter Berichterstattung, sondern situativ an Kristallisationspunkten mit meist kontroversen politischen Beurteilungen wie beispielsweise Hartz-IV-Reformen, Bürgergeld, Kindergrundsicherung oder auf lokaler Ebene, wenn Arme sozial auffällig werden. Allein dass diese Themen eng mit staatlichen Transferzahlungen unter Haushaltsdruck verbunden sind, konnotiert sie für viele Bürger trotz prinzipieller Anerkennung des Problems und ehrlich empfundenen Mitgefühls in zentralen Teilen negativ, weil sie medial oftmals unter den Generalverdacht weitreichenden Missbrauchs gestellt werden. Öffentliche Auseinandersetzungen wie etwa über nicht ausreichendes Lohnabstandsgebot, »Geld ohne Arbeit« oder drastische Sonderfälle wie »Florida-Rolf« wirken dann nicht aufklärend und sind nicht sachorientiert, sondern verzerren die Meinungsbildung zum eigentlichen Thema erheblich.

Die prinzipiell gegenwärtige Armutsproblematik, die sporadisch aktuell werdenden Auseinandersetzungen darum und die Angst der noch nicht Betroffenen, selbst arm zu werden, sind keine neuen Phänomene. Da sie vielmehr in unterschiedlichen Formen und Intensitäten auftretende Dauerthemen sind, stellt sich die Frage, wie man die bisher verzerrenden Verlaufsformen der Armutswahrnehmung und -bekämpfung in einen sinnvollen öffentlichen Diskurs transformieren kann. Eine wichtige Voraussetzung wäre eine klare begriffliche Fassung von Armut und Armutsfolgen, die man in eine interessierte, aber nicht fachkundige Öffentlichkeit tragen kann.

Armut kennzeichnet sich durch das Fehlen von finanziellen Ressourcen, Macht oder anderen Mitteln, um den eigenen Lebensunterhalt auf einem gesellschaftlich akzeptierten Mindestniveau zu sichern. Absolut arm ist man, wenn man sich durch eigene Leistung die existenziellen Lebensgrundlagen wie Nahrung, Wasser, Kleidung und Medizin wirtschaftlich nicht selbst sichern kann. Relativ arm ist man, wenn man bezogen auf den gesellschaftlichen Durchschnitt merklich weniger Mittel zur Verfügung hat, um sich diese Grundlagen zu beschaffen und zugleich auch angemessen am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben. Gefühlt bzw. subjektiv arm ist man, wenn man sich durch seine begrenzten wirtschaftlichen Mittel ausgegrenzt, benachteiligt oder sozial herabgesetzt fühlt.⁶ In jeder Form zwingt dieser Zustand zur existenziellen Sicherung des Alltagslebens. Es bleibt dann wenig Raum für Beteiligung an Weiterbildung, für Kulturteilhabe oder für die

6 Daneben gibt es zahlreiche Attribute zu Armut wie beispielsweise verdeckte, generationenbedingte, situative oder altersbedingte Armut, auf die hier nicht eingegangen wird.

Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen, und die soziale Integration wird behindert. Mehr noch, Armut und Abstiegsbedrohung erhöhen die Angst, sich dauerhaft nicht selbst versorgen zu können, steigern die Wahrscheinlichkeit körperlicher und psychischer Erkrankungen und führen oft zu geringerem Selbstwertgefühl. In dieser Kurzbeschreibung steckt schon der Verweis darauf, dass ein gelingender öffentlicher Diskurs um die Abhilfe von Armut auch voraussetzt, dass diese Hindernisse zur Beteiligung der Betroffenen und zur Darlegung ihrer subjektiven Situationsbeschreibung ausgeräumt werden.

In den anderen Bereichen der Einkommensverteilung oberhalb der Armutsgrenzen gibt es ebenfalls gesellschaftlichen Abstimmungsbedarf. Die direkt darüberliegenden Einkommensgruppen sind nicht durch unmittelbare Not, sondern durch die Angst vor dem Abstieg geprägt. Für beide Gruppen gibt es zumindest zwei Aspekte, die nicht unbeachtet bleiben können. Zum einen geht es darum, aus welchen Mitteln die Defizite der unteren Einkommensgruppen ausgeglichen werden können und ob dies durch direkte Transferzahlungen oder die Bereitstellung öffentlicher Güter erfolgen soll. Dazu gehört auch das Problem, wie man den Beziehern geringer Einkommen die Angst nehmen kann, die aus drohender Armut in Bezug auf Lebensunterhalt und die soziale Positionierung entsteht. Zum anderen stellt sich die Frage, ob und wie auch Umverteilungen von den oberen Gruppen in Richtung der mittleren Einkommen sinnvoll sind und legitime Begründungen dafür erreicht werden können. Dabei geht es u.a. um den Einfluss von Umverteilungsmaßnahmen auf soziale und wirtschaftliche Prozesse. Wird die Schere zwischen den Einkommensgruppen zu groß, dann beeinträchtigt dies das Gerechtigkeitsempfinden und den sozialen Frieden; wird sie zu sehr geschlossen, dann werden Leistungsanreize genommen.

Damit ist ein letztlich nur normativ einzulösender Fragenkomplex aufgeworfen. Wie sollte eine sozial-, wirtschafts- und ordnungspolitische Einkommensverteilung aussehen, welche staatlichen Eingriffe wären dazu nötig und rechtfertigbar, und in welchem Verhältnis steht dies zu anderen Bereichen wie beispielsweise Vermögensverteilung, Zugang zu öffentlichen Gütern oder Belastungen durch Verbrauchssteuern? Die Beantwortung dieser Fragen, die insbesondere bei Wachstumsproblemen und zeitgleich steigenden staatlichen Ausgabennotwendigkeiten (z.B. Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung oder laufende Ausgaben zur Stützung der Renten und der Pflege) sehr nachdrücklich auftreten, kann in einer liberalen Demokratie nur mit einem noch herzustellenden Mindestmaß an gesellschaftlichem Einvernehmen über Deliberationsprozesse erreicht werden.

5 Notwendigkeit von und Fähigkeit zu Aushandlungsprozessen

Das oben zur notwendigen Beschränkung von klimaschädlichen Aktivitäten und zum Abbau von Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung Gesagte zeigt deren enge Verflechtung.⁷ In der alltäglichen Lebenswelt sind noch weitere Themenkreise damit verkoppelt und erhöhen dementsprechend die Komplexität von Problemsituationen und Lösungsvorstellungen. Zu diesen mitzudenkenden Faktoren aus zeitlich simultan auftretenden Sachverhaltsentwicklungen gehören z.B. die Sicherung der Alterseinkommen, das Herstellen von Geschlechtergerechtigkeit, die Formen des Umgangs unterschiedlicher Kulturen oder Religionen miteinander oder die Regelung internationaler Beziehungen. Sie alle liegen nicht wie konzentrische Kreise um Klima- und Verteilungsproblematiken herum,⁸ sondern wie nur verwischt abgegrenzte Nachbarthemen, die sich zudem gegeneinander verschieben, Intransparenzen erzeugen und damit analytisch nur schwer unterscheidbar sind. Die Vielschichtigkeit dieser lebensweltlichen Probleme, ihre medialen Präsentationsformen und die Kontingenz zukünftiger Entwicklungen schaffen Unübersichtlichkeit und daraus folgende Unsicherheit.

Schon in dieser kurzen Beispielsliste zeigt sich, dass es zahlreiche über Klima und Einkommensverteilung hinausgehende, kompliziert miteinander zusammenhängende Problemfelder gibt, die zudem oftmals innerhalb kurzer Zeiträume Lösungen erfordern.⁹ Bei der Einbeziehung eines oder mehrerer dieser angrenzenden Bereiche, weil z.B. die Bedeutung oder die Verflechtung bisher ausgeblendeter Themen unterschätzt wurde, müssen die Handlungsbedingungen der veränderten Gesamtsituation neu beschrieben werden und es ergeben sich u.U. andere Lösungsmöglichkeiten als in der bisherigen engeren Sichtweise. Daraus entsteht jeweils ein neues Vorfeld der Entscheidungsfindung, und es bedarf wegen der Komplexitätserhöhung neuer Mei-

-
- 7 Man kann diese Folgerungen im Hinblick auf Selbstbeschränkungen zum Schutz der Umwelt bzw. des Klimas und auf soziale Selbstregulierung zur Herstellung einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung analytisch und darstellend separieren, in der alltäglichen Wirklichkeit treten sie immer im Verbund auf.
 - 8 Würde man andere miteinander verbundene Themen untersuchen (z.B. Wohnungsbau und Vermögensverteilung oder Bildungsbeteiligung und Herkunftsmilieu), würden sich die gleichen Erweiterungsfolgen ergeben.
 - 9 Ein Feld in dem sie auftreten ist das Wirtschaftswachstum, das in engen Wechselwirkungen mit beiden verbunden ist. Andere Felder wären z.B. Transformation der Energieversorgung oder Freizeit- und Reiseverhalten.

nungsbildungsprozesse, in denen dann auch die bis dahin präferierten Maßnahmenpakete neu aufgeschnürt und mit eventuell konfligierenden Lösungen aus anderen Problemkonstellationen abgeglichen werden müssen. Aus einem etwas anderen Blickwinkel gesehen handelt es sich um eine der dynamischen Optimierung nahekommende Form der laufenden Gestaltung und Umgestaltung sozioökonomischer Prozesse in einem schwer überschaubaren Problem- gemeinde und mit oftmals nicht frei bestimmbar Entscheidungenzeitpunkten. Alle Komponenten der Gesamtsituation sind dabei prinzipiell variabel und können sich in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Richtung verändern. So bedürfen beispielsweise schwierige innerwissenschaftliche Klärungen eng verflochtener Sachverhalte oder die Darlegungen komplexer, stark fachlich bestimmter Verwaltungsabläufe¹⁰ einer objektiven Aufbereitung und Beschreibung. Nur dann kann sich ein weitgehend nicht sachkundiges, gleichwohl interessiertes Publikum in der Öffentlichkeit damit auseinandersetzen – selbst wenn die Darstellung der aufgerufenen Themen nicht immer widerspruchsfrei ist.¹¹

Im Themenbereich der zukünftigen technischen Entwicklungen und deren gesellschaftlicher Gestaltung gibt es ähnlich existenziell bedeutsame Fragestellungen mit öffentlichem Deliberationsbedarf. Die technischen Fähigkeiten der Menschheit nehmen stetig zu, sie bringen jedoch auch eine gesteigerte Eingriffstiefe in die Natur und die Sozialbeziehungen mit sich. Damit erhöht sich auch die Verantwortung für die Folgen des Technikeinsatzes. Auf der Basis möglichst guter Beschreibungen von Sachverhalten und deren möglichen natürlichen, sozialen und technischen Zukunftsentwicklungen können normative Fragen in öffentlichen Diskursen beraten werden. Zieht man dazu Grunwalds Vorstellung der Diskussionen um »Technikzukünfte« heran, dann zeigt sich nicht nur die Komplexität dieser Problematik, sondern es scheint in der Beschreibung auch eine Lösungsmöglichkeit auf. »In der Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und im Umgang mit seinen Folgen

10 Man sollte dabei deutlich unterscheiden zwischen Verwaltungsvorgängen, deren Darlegung die öffentliche Meinungsbildung unterstützen können, und denen die hauptsächlich der sachgerechten Erledigung öffentlicher Aufgaben dienen. Die prinzipielle Transparenz im Rahmen der gesetzlichen Regelungen muss in beiden Fällen gegeben sein, ihre funktionalen Bedeutungen unterscheiden sich jedoch deutlich.

11 Ohne dies im Folgenden extra aufzuführen, wird davon ausgegangen, dass die für die Wissenschaft gemachten Aussagen entsprechend auch für andere Expertengruppen (z.B. NGO, Gutachterausschüsse, Fachverbände) gelten.

sind vielfältige Entscheidungen zu treffen, müssen Meinungen gebildet werden, welche Technologien gefördert und rasch entwickelt werden sollen, welche Anreizsysteme eingerichtet werden, welche Begrenzungen und normativen Festlegungen getroffen werden müssen, um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seine Ergebnisse in den Bahnen gesellschaftlich gewünschter Richtungen, etwa der nachhaltigen Entwicklung, und normativer Regelwerke wie z.B. der Menschen- und Bürgerrechte zu halten. In den Debatten, die diesen Entscheidungen vorausgehen, spielen *Technikzukunft*e eine entscheidende Rolle.« (Grunwald 2012: 20/21)

Dieses wissenschaftliche und auf Expertenebene angesiedelte Suchen nach konsensfähigen Aussagen über faktengebundene und normative Sachverhalte beispielsweise beim Klimawandel, bei der Einkommensverteilung und bei der zukünftigen Technikgestaltung sollte sich dann in der öffentlichen Befassung mit diesen Themen fortsetzen. Dies wirft Fragen auf, z.B. wie die zugrundeliegenden Sachverhalte dargelegt werden können, auf welche Weise man die damit verbundenen Probleme lösen kann und welchen moralischen Prinzipien die Lösungen folgen sollten. Wie dies geschehen kann oder sollte, ist der Gegenstand sehr unterschiedlicher theoretischer Demokratiemodelle. Sie umfassen u.a. Konzepte wie die auf methodologischem Individualismus und Nutzenmaximierung beruhenden ökonomischen Theorien der Demokratie. Soziale Integration wird dabei auf der Basis der Aggregation von individuellen Präferenzen erklärt (z.B. die an neoklassische Theorien anknüpfenden Rational-Choice-Modelle). Ein anderes Konzept findet sich in kommunitaristischen Ansätzen. Sie entwickelten sich im Wesentlichen entlang der Kritik am vertragstheoretischen Modell von John Rawls (siehe u.a. Rawls 1979). Dessen methodisch-individualistischer Ansatz wurde mit der Vorstellung von Handlungsbestimmungen konfrontiert, die primär auf überlieferten moralbasierten Normbindungen beruhen. Die soziale Integration und die individuelle Identitätsbildung geschehen danach durch die Berufung auf gesellschaftliche Gleichheit und die Orientierung an kulturell tradierten, nicht hintergehbaren Gemeinschaftsbeziehungen (z.B. Etzionis Vorstellung der aktiven Gesellschaft und Sandels Vorstellung vom Verlust des Gemeinwohls, 1975/2009, 2020). Auf diese Modelle wird hier nur zu Abgrenzungszwecken eingegangen. Im Zentrum steht vielmehr der Versuch, anhand der Überlegungen zu deliberativen Konzepten einen Weg aus den oben beschriebenen existenzbedrohenden Krisen zu skizzieren.

Ebenso wie die zuvor genannten Modelle haben auch deliberative Modelle die Absicht zu erklären, wie Gesellschaften geordnet und wie politische

Prozesse gestaltet sein sollten, damit Wohlstand unter demokratischen Bedingungen entstehen kann und wie sie in Konfliktfällen Lösungen finden können. Ihre Vorstellung, wie die soziale Integration bzw. die Legitimität von dazu notwendigen Eingriffen in das Leben der Betroffenen hergestellt werden kann, ist jedoch eine andere. Die Grundidee deliberativer Konzepte ist es, soziale Integration über ein Zusammenspiel aus breit gestreuter Teilnahme aller Betroffenen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen, aus sachgerechter Information sowie möglichst zwangsfreier Beratung aller im allgemeinen Interesse zu regelnden Themen zu erreichen.¹²

Diese Modelle deliberativer Demokratie lassen sich unterschiedlich kategorisieren. Zieht man eine Einordnung nach den Partizipationsformen heran, dann gibt es Konzepte, die die Deliberation eher als öffentliche inhaltliche Begleitung formal konstituierter demokratischer Prozesse sehen, und solche, die diesen Prozessen starke selbstorganisierte alternative Öffentlichkeiten gegenüberstellen. Ein Beispiel für Ersteres ist Rawls Theorie der Gerechtigkeit, die u.a. inhaltliche Festlegungen zu Verteilungsfragen thematisiert (Rawls 1979). Ein Beispiel für zweiteres ist die Betonung prozeduraler Voraussetzungen für legitimierende Willensbildungsprozesse bei Habermas (1992). Nutzt man die von ihm selbst vertretene Unterteilung der Modelle in liberal, republikanisch und deliberativ, dann stellen sich letztere als Versuch dar, die beiden anderen Konzepte zu verbinden. Soziale Integration, Normenfindung und Akzeptanz eigener Beschränkungen sollen aus den Diskursen über die gesellschaftlichen und politischen Streitfragen resultieren. »Unterschiede ergeben sich sowohl zur liberalen Konzeption des Staates als des Hüters einer Wirtschaftsgesellschaft wie zum republikanischen Konzept einer staatlich institutionalisierten sittlichen Gemeinschaft.« (Habermas 1992: 359; genauere Ausführungen 359ff.) Liberale Ansätze kennzeichnen sich danach durch dezisionistische Mehrheitsermittlungen empirisch vorfindbarer individueller interessen geleiteter Meinungen zu sozioökonomischen oder kulturellen Themen, die an staatliches Handeln herangetragen werden. Republikanische Ansätze betonen die gemeinschaftliche Praxis, aus deren öffentlicher

12 Dahinter steht die Annahme, dass die normativen Begründungen für das Handeln nicht aus einer individuellen Überlegung stammen können, aber auch nicht aus Traditionsbezügen. Sie ergeben sich vielmehr aus der Möglichkeit rationaler Diskurse zur Prüfung von Geltungsansprüchen und aus der Möglichkeit erfahrungsbasierten empirischen Wissens.

Befassung mit strittigen Themen eine Gemeinwohlorientierung neben der individuellen Interessenorientierung entsteht.

Deliberative Ansätze sind hingegen dadurch bestimmt, dass die öffentlichen Auseinandersetzungen, an der alle auf der Basis wechselseitiger Anerkennung gleichberechtigt teilnehmen können, auf hinreichendes Einvernehmen über strittige Themen zielen. Diese Art von öffentlicher Befassung mit ihnen kann zur Verständigung darüber führen, was als hinlänglich übereinstimmende Sachverhaltsdeutung, Normbegründung und Handlungsbestimmung gelten soll. So weit wie möglich distanziert von eigenen Interessen und unhinterfragten normativen Gegebenheiten sollen selbstorganisiert Argumente ausgetauscht und dann in staatliche Institutionen zur formalen Normsetzung hineingetragen werden. Die Mitwirkung an diesen praktischen Diskursen in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit bringt das scheinbar widersprüchliche Paar individuelle Handlungsfreiheit sowie soziale Bindung an Recht und Moral sinnvoll zusammen. Gut begründete Normen können von den Akteuren als gerechtfertigte Vorschriften akzeptiert werden, weil sie als Bürger eine eng verknüpfte Doppelrolle als Regierte und zugleich Regierende einnehmen. Um diese sinnvoll ausfüllen zu können, müssen sie zur Vernunft fähig sein und den Willen besitzen, sich den daraus für sie entstehenden, u.U. merklich ungleich verteilten Zumutungen zu stellen. Wenn jedoch die Deliberation zu Beschränkungen bei den Bürgern als Regierte durch die Bürger als Wähler und Regierende führt, ist die Frage nach der Gewährleistung von Freiheit gestellt. Der daraus resultierende Widerstreit erfordert einen aufgeklärten Freiheitsbegriff. Kommunikativ erzeugte Beschränkungen sollten nicht als unangenehme, freiheitsbegrenzende Folgen von Bargaining interpretiert werden wie in liberalen Konzepten, sondern sie beruhen auf in Lernprozessen gewonnener Einsicht in sozial einvernehmlich festgestellte Notwendigkeiten (z.B. gerechtfertigt ungleiche Lastenverteilung beim Klimaschutz oder Einkommensumverteilungen zur Armutsbekämpfung). Auch Moralentwicklung ist ein solcher fortlaufender Vorgang des Wissenserwerbs und der damit verbundenen rationalen Herstellung von Einverständnis zwischen den Beteiligten unter der Maßgabe rücksichtsvoller Verfolgung eigener Interessen. Die dauerhafte Wirkung auf das Verhaltenspotenzial der Akteure ergibt sich aus den anerkennungsfähigen Prinzipien für Normen. Der individuelle, zunächst eigeninteressierte Wille sollte sich reflexiv von dieser Selbstbezogenheit distanzieren können, um an rational zustande gekommene moralische Urteile und normative Festlegungen andocken zu können.

Die Trennungslinie zwischen der Rechtfertigung eigener Interessen und dem distanzierten Vertreten von guten Gründen in Diskursen über die normative Richtigkeit von Eingriffen ist schwierig zu finden und bleibt ein zentrales Thema des jeweiligen empirischen Falles. Die Auseinandersetzung kennzeichnet sich nicht nur durch die prinzipielle Möglichkeit, dass durch die vorgetragenen Argumente¹³ eine für alle Beteiligten einsichtige und akzeptable Begründung entsteht, sondern auch dadurch, dass neu oder nach Unterbrechungen wieder hinzukommende Diskursteilnehmer an die bisherige Argumentation anknüpfen können.¹⁴ Die unter diesen Voraussetzungen entstandenen Erkenntnisse und Meinungen, insbesondere wenn sie mit eigenen Einschränkungen verbunden sind, reichen oft nicht aus, um die Akteure zum entsprechenden Handeln zu motivieren. Es braucht Gründe, den aus rationalem Denken und vernünftigen Erwägungen entstandenen Willen auch praktisch werden zu lassen. Zusammenfassend ist dies die Forderung nach einer entsprechenden politischen Kultur sowie nach der Wertschätzung funktionierender demokratischer Verfahrensstrukturen und sie sichernder Institutionen. Dies kann als dauerhafter Lernprozess interpretiert werden und schließt insbesondere deren Pflege in den Bildungswegen der Akteure ein.

Diese Integrationsleistung deliberativer Konzepte erfordert neben Inklusionsbereitschaft, Offenheit und Transparenz insbesondere die Verpflichtung auf Rationalität in den Diskursen.¹⁵ Die in den Wirtschaftswissenschaften

-
- 13 Damit die vorgetragenen Argumente Geltung beanspruchen können, müssen sie in unterschiedlichen Intensitäten verständlich, wahr, richtig und wahrhaftig sein (siehe dazu Habermas 1984: 354f.).
 - 14 Sind dementsprechende Prozesse noch nicht beendet oder können grundsätzlich nicht beendet werden, aber es besteht zu einem bestimmten Zeitpunkt Handlungsbedarf, muss es Regeln geben, welche aktuell formulierten Positionen in allgemein geltende Bestimmungen überführt werden.
 - 15 An dieser Stelle kann nicht darauf eingegangen werden, welche unterschiedlichen Formen oder Untergliederungsmöglichkeiten es gibt, um zu beschreiben, was Ethik bedeutet oder welches Moralprinzip gelten sollte. Im vorliegenden Text wird von zwei Perspektiven ausgegangen. Zum einen die Unterscheidung in Moralbegründungen, die den Zweck einer Handlung zum Hauptkriterium machen (z.B. Nutzen, Glück) und solche, die die Form der Normenfindung in den Mittelpunkt rücken (z.B. Verpflichtungen in deontologischen Ethiken, Regelungen aufgrund von Deliberationsprozessen). Zum anderen die Unterscheidung in Tugendethik (z.B. Aristoteles, Elizabeth Anscombe), utilitaristische Ethik (z.B. Jeremy Bentham, Richard M. Hare), vertragstheoretische Ethik (z.B. John Locke, John Rawls) und deontologische Ethik (z.B. Immanuel Kant, Thomas M. Scanlon), zu der auch die diskursethische gerechnet wird (z.B. Karl-Otto Apel,

weit verbreitete Lesart von Rationalität ist das sogenannte »ökonomische Prinzip«, wonach bei Güterknappheit der Mitteleinsatz und das damit bewirkte Ergebnis in ein optimales (effizientes) Verhältnis gebracht werden. Ziel der privaten Haushalte ist es, den maximalen Nutzen aus der Güterverwendung zu erreichen, Ziel der Unternehmen ist es, den maximalen Gewinn aus der Gütererstellung und -distribution zu generieren. In derart funktionalistischen Rational-Choice-Modellen bleibt die Formulierung moralischer Fragestellungen und normativer Elemente der Handlungsbestimmung außerhalb des Theoriegebäudes. Beim Kommunitarismus wird auf der Basis tradierter moralbasierter Normbindungen nach einem Gleichgewicht von individuellen und sozialen Rechten und Pflichten gesucht. Rational handelt der, der sich an seinen sozialen und kulturellen Prägungen, d.h. an tradierten Vorstellungen orientiert. Dies unterscheidet sich deutlich einerseits von den methodisch-individualistisch begründeten Entscheidungsregeln der Rational-Choice-Modelle (z.B. neoklassische) oder den individualistischen Vertragsmodellen (z.B. Rawls) und andererseits von solchen, die in vernunftgeleiteten Diskursen zu rational begründeten Normfestlegungen kommen (z.B. Deliberationskonzepte). Letzteren geht es darum zu zeigen, dass es nicht nur rationale Begründungen für die Geltung von Sachverhaltswissen gibt, sondern auch für die Geltung von richtigem Handeln und entsprechenden Normen gemeinsamen Lebens. So wie Vernunft bei der Gewinnung von Wissen über Sachverhalte zum Tragen kommt, tut sie dies auch beim nicht-metaphysischen Begründen moralisch richtigen Handelns bzw. beim Finden von normativen Regelungen.

Die öffentlichen Diskurse und ihre Verpflichtung auf Rationalität gewähren die Legitimität der inhaltlichen Feststellungen und der politischen Entscheidungen. In diesen Verständigungsprozessen werden gesellschaftliche Probleme so beschrieben, dass daraus Meinungen und Handlungswünsche entstehen, die über die jeweiligen Verfassungsstrukturen und -institutionen von kommunikativer in administrative Macht überführt werden können.¹⁶ Die Kontrolle der administrativen Macht, d.h. des Vollzugs der Entscheidungen, obliegt dann wieder der zivilgesellschaftlich erzeugten kommunikativen Macht, die sie ursprünglich initiiert hat.

Jürgen Habermas). Eine gute Einführung in die Grundlagen der Ethik findet sich z.B. in Pieper 2017.

16 Siehe dazu Hochmuth/Mangold 2021.

Im Gelingensfall deliberativer Auseinandersetzungen gehen gleichberechtigte Teilnehmer in einen für alle offenen Diskurs. Sie beabsichtigen, in rationaler Weise ergebnisoffen Argumente auszutauschen, um die propositionale Wahrheit und die normative Richtigkeit von mit entsprechenden Geltungsansprüchen verbundenen Behauptungen über problematische Sachverhalte und mögliche Reaktionsformen zu suchen.¹⁷ Dabei sollte es jederzeit möglich sein, die vorläufigen Ergebnisse der Erfassung von Fakten, der Deutung normativer Zusammenhänge und der Begründung moralischer Urteile einschließlich abweichender Positionierungen so strukturiert auszudrücken, dass sie für weitere zum Diskurs hinzukommende Teilnehmer nachvollziehbar, verständlich und prüfbar sind.

Diese, je nach Betrachtung, idyllisch-naive oder idealtypische Sicht auf deliberative Prozesse kann bei realistischer Sicht auf die aktuelle Situation politischer und gesellschaftlicher Teilhabe nicht annähernd als Zustandsbeschreibung gelten. Der bei Problem- oder Krisenlösungen gesuchte diskursbasierte Weg zu einer von den Beteiligten weitgehend akzeptierten und letztlich auch administrierbaren Abhilfe hängt von mehreren, teilweise stark prozessstörenden Einflussgrößen ab, die sich sogar wechselseitig aufschaukeln können. Diese auf der Sach-, Organisations-, Kommunikations- und Systemebene zu identifizieren, ist eine Voraussetzung für notwendige Änderungen in der Gestaltung dieser Prozesse.

Auf der Sachebene des Diskurses erzeugt beispielsweise die Dringlichkeit von Reaktionen Zeitdruck, der zu Entscheidungen zwingt, bevor eine offene Aussprache beendet werden kann (z.B. Genehmigungsverfahren bei der Energieerzeugung). Die unterschiedlichen Beteiligten messen je nach Interessenlage dem Thema unterschiedliche Bedeutung zu und gewichten dementsprechend ihre Aufmerksamkeit und Diskussionsbereitschaft. (z.B. Eigentümer und Anlieger bei Bebauungsplanung). Aber auch die Intensität thematischer Verflechtungen oder die Anzahl möglicher Lösungen und deren Heterogenität kann Deliberationsverläufe so komplex machen, dass der Überblick verloren geht und sie scheitern (z.B. soziale, finanzielle, arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitische Folgen von steuerlichen Eingriffen in die Einkommensverteilung). Dadurch bedingt und von zentraler Bedeutung sind zudem die Einflüsse auf der Organisationsebene, wie etwa die Diskursbeschränkungen aufgrund von Zugangs- und Verbleibskontrollen, Selektionsverfahren

17 Der Geltungsanspruch auf Verständlichkeit und der Geltungsanspruch auf subjektive Wahrhaftigkeit werden an dieser Stelle nicht thematisiert.

und thematischen Regulierungen, durch die Interessierte bei der Teilnahme behindert werden (z.B. spezielle Anhörungs- und Beteiligungsverfahren oder zeitlich anspruchsvolle Vorgehensweisen).

Weitere Hindernisse entstehen auf der Kommunikationsebene. Die Verlaufsformen der Diskurse sind sehr sensibel gegenüber Aspekten wie beispielsweise den unterschiedlichen Fähigkeiten und Gelegenheiten der Beteiligten, sich in die als offen deklarierten Diskurse einzubringen (z.B. Bildungsunterschiede, fordernde Lebenssituationen, fachspezifische Themenstellungen). Tiefer im Subjekt liegen Probleme, die man als kognitive Dissonanz beschreiben kann. Man empfindet es negativ, dass man entgegen besseren Wissens handelt, d.h., dass das Handeln dem Wissen entgegenläuft. Die Reaktionen darauf reichen vom Ausblenden unangenehmer Informationen über das Vorbringen scheinbar tragfähiger Rechtfertigungen bis zum Leugnen von Tatsachen. Sie können sich aufaggregieren zu einer »Art von kognitiver Dissonanz auf kollektiver Ebene« (z.B. Diskursvermeidung, weil man die Schädlichkeit von Flugreisen kennt, aber dennoch mehrfach jährlich solche unternimmt, oder generell der Umgang mit dem Klimawandel).

Probleme für deliberative Demokratiekonzepte auf der Kommunikations-ebene entstanden in den letzten 20 Jahren auch aus den in den sozialen Medien geschaffenen Teilöffentlichkeiten. Im sozialen Nahbereich begegnen sich die Akteure unmittelbar. Sie sind Anwesende, die u.a. leichter Vertrauen aufbauen, Missverständnisse schneller ausräumen und emotionale Bindungen besser gestalten können. Die Chancen für gelingende Beratungsprozesse sind deshalb größer als im Feld der Massenkommunikation jenseits des Nahbereichs. In diesem weiteren Bereich der überregionalen, nationalen und internationalen Kommunikationsbeziehungen, in dem ein Großteil der Meinungs- und Willensbildung stattfindet und der essenziell für deliberative Verfahren ist, schienen die neuen medialen Ausgangsbedingungen für lebhaftere Kommunikation und offenen Austausch von Argumenten zunächst sehr gut zu sein. Das ursprüngliche Versprechen bestand darin, dass gleichwertige Beteiligte aufmerksam ihre Argumente austauschen und vertreten dürfen. Aus momentaner Sicht muss jedoch festgestellt werden, dass dieses Versprechen in weiten Bereichen nicht eingelöst wurde. Immer sichtbarer entstanden stammesähnliche Teilöffentlichkeiten mit dem Charakter von Echokammern und die inklusive Wirkung von Öffentlichkeit konnte sich nicht entfalten. Hier gingen zunehmend die journalistische Prüfung, deren sortierende Funktion und die vertrauenswürdige Aufbereitung von Informationen, wie man sie für öffent-

liche Diskurse braucht, verloren.¹⁸ An deren Stelle traten vermehrt neue Formen von Öffentlichkeit. Sie kennzeichnen sich durch einen schnellen Informationsfluss, dessen Selbststeuerung oftmals nicht zu strukturierten, der Rationalität verpflichteten Diskursen führt, sondern zur Fragmentierung der Öffentlichkeit, zur Trivialisierung der Inhalte und zur Unterkomplexität der Darstellung von existenziell wichtigen Sachverhalten bis hin zur Faktenverleugnung.¹⁹ Dies widerspricht fundamental der Vorstellung, dass die mehrheitlich in kleinen Kreisen geführten Diskurse (siehe Abschn. 6) jederzeit offen sind für andere Gruppen, neue Teilnehmer und thematische Erweiterungen, also einen von allen gemeinsam genutzten öffentlichen Raum schaffen und zugleich das Muster für die (guten) Umgangsformen liefern.

Eine vierte, die Systemebene,²⁰ ergibt sich aus der Frage, ob die demokratisch verfassten Gesellschaften und ihre wirtschaftlichen Organisationsstrukturen inhärente, systembedingte Hindernisse entwickeln, die sich in den Bedingungen der Entfaltung einer vernünftigen Öffentlichkeit niederschlagen. Dahinter steht die Behauptung, dass die ökonomischen Strukturen die gesellschaftlichen dominieren und deshalb alle menschlichen Beziehungen nach dem Muster von Gütertransaktionen beschrieben werden. Dies lässt, wenn überhaupt, nur wenig Platz für davon freie Meinungsbildung (z.B. zur Verantwortung für den Klimaschutz jenseits von marktpreisbezogenen Handlungsentscheidungen). Unabhängig davon, ob die Öffentlichkeit je eine optimale oder auch nur gute Struktur im Sinne gesellschaftlicher und politischer Partizipation hatte, kann man festhalten, dass zumindest seit den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund ökonomischer und sozialer

-
- 18 Bei der positiven Darstellung traditioneller Medien sollte nicht übersehen werden, dass auch sie nicht problemfrei sind und weltanschauliche oder ökonomische Interessen verfolgen. Ihre Legitimation beziehen sie weitgehend aus Vertrauen in das journalistische Berufsethos und aus dem Umstand, dass sie untereinander konkurrieren.
 - 19 Eine Kritik dieser Entwicklungen findet sich in Habermas 2022. Die früher vorgetragene Kritik an Medien in öffentlichen Kommunikationsprozessen, sie böten bloße Scheinöffentlichkeit und wirkten manipulativ, wird dadurch teilweise zurückgenommen und zumindest deren Versprechen zur Bereitstellung objektiver Informationen kann als positiver Verweis auf die Gestaltung vernünftiger Diskursformen verstanden werden.
 - 20 Die vier angesprochenen Ebenen (Sach-, Organisations-, Kommunikations- und Systemebene) sind nicht ganz scharf zu trennen, sie überschneiden sich mehrfach, wie beispielsweise bei den bildungsbedingten persönlichen Fähigkeiten zur Diskursbeteiligung und den systembedingten Bildungsverzerrungen, die auch ideologiekritisch zu untersuchen wären.

Machtkonzentrationen systematische Verzerrungen der öffentlichen Kommunikation zu Gunsten der Träger dieser Macht auftraten. Die Erwartungen an die Funktionen der freien Meinungs- und Willensbildung als Voraussetzung für funktionierende demokratische Prozesse wurden und werden nicht ausreichend erfüllt (siehe hierzu z.B. Krüger 2019 oder Bieling/Coburger/Klösel 2021).

Diese vier skizzierten Hindernistypen haben – neben der Intensität des Wunsches nach Partizipation – wesentlichen Einfluss darauf, ob und in welchen Formen die Bürger bereit sind, sich mit bestimmten Themen ernsthaft auseinanderzusetzen und selbst zivilgesellschaftlich oder parteipolitisch aktiv zu werden. Die gemessen am Ideal deliberativer Kommunikationsprozesse sehr defizitären realen Partizipationsformen sollten aber nicht dazu führen, das dahinterstehende Konzept zu verwerfen. Alle anderen Lösungsformen wie beispielsweise Expertenregierungen oder autoritäre Regierungsformen vom wohlmeinenden Diktator der Neoklassik bis zum autoritär-despotischen, nur noch den formalen Schein von Wahlen wahrenden Oligarchenstaat sind auf Dauer nicht erfolgversprechender und in der Lebenspraxis ohnehin unfreier und daher unattraktiver.

Trotz der oben beschriebenen Schwierigkeiten muss man das Führen vernünftiger öffentlicher Diskurse anstreben. Wir leben nicht in einer Welt, »in der wir durchweg damit rechnen dürfen, daß die Grundnorm der konsensualen Moral befolgt wird. Die gebotene Zielstrategie besagt daher, daß wir stets versuchen sollten, zur Realisierung solcher Verhältnisse beizutragen, die von der Grundnorm gefordert und im argumentativen Diskurs kontrafaktisch antizipiert werden müssen.« (Apel 1982: 692) Es gibt Ansatzpunkte für eine sinnvolle Ergänzung vorhandener demokratischer Regelungen um starke deliberative Momente. Die jetzt schon vorhandenen, aber noch nicht ausreichend erfüllten Ansprüche an Partizipation, Transparenz und Kontrolle machen deutlich was erforderlich wäre. Es gilt, den theoretischen Vorgriff auf Diskursformen, die sich der Rationalität verpflichtet sehen, praktisch werden zu lassen.

Die Vorstellungen vernünftig verlaufender politischer und gesellschaftlicher Prozesse in liberal-demokratisch verfassten Staaten und offenen Gesellschaften sowie deren Realisierungsmöglichkeiten können anhand der Trennung in freie kommunikative und sanktionsgestützte administrative Macht²¹ dargelegt werden. In einem öffentlichen Raum, in dem ohne unmittelbaren

21 Dieser Unterscheidung entsprechen auch andere Begriffspaare wie Beteiligter/Betroffener, Bürger/Klient, Autor/Adressat oder Regierender/Regierter. Sie alle verwei-

Handlungsdruck²² Meinungen gerechtfertigt, korrigiert oder mit anderen abgeglichen werden können und die dann in Wahlentscheidungen zwischen konkurrierenden Parteien münden, entwickelt sich kommunikative Macht als ein Gruppeneffekt. Sie entsteht aus der gemeinsamen, sozial integrierenden Suche nach rational begründeten, d.h. als richtig geltenden Normen, von denen alle oder zumindest sehr viele Beteiligte so überzeugt sind, dass sie sie per Wahl zwanglos in die parlamentarische Gesetzgebung einschleusen. Deren administrative Umsetzung macht die Beteiligten dann zu Betroffenen, die ggf. zur Normeinhaltung gezwungen werden können. An diese Sicht des politischen Gesamtgeschehens knüpft die Idee von Deliberationsprozessen zur Erzeugung von kommunikativer Macht an.

6 Kommune als erlebbare Praxis der Deliberation

Im vorigen Abschnitt wurde schon auf den sogenannten sozialen Nahbereich eingegangen, in dem die Chancen für gelingende Diskurse größer sind als in Bereichen der Massenkommunikation. Dazu braucht es jedoch erreichbare Orte, an denen sie praktisch werden können.²³ Die Konstruktion subjektiver Vorstellungen von Wirklichkeit, die Grundlegung geteilter Bewusstseinsinhalte und Orientierungen sowie der wechselseitige Aufbau von gemeinsam akzeptierten Bedeutungen von sozialen Sachverhalten und damit auch der persönlichen Einstellung zur Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft geschieht zumindest an vier Orten: Familie mit unmittelbarer sozialer Umgebung, weitere Wohn- und Freizeitumgebung, Bildungseinrichtung und Arbeitsstelle. Für die hier aufgespannte Argumentation ist das zentrale Bestimmungsmoment die Wohn- und Freizeitumgebung in Form der Stadt.

Städte sind die Orte unmittelbarer gesellschaftlicher Gestaltung und politischer Beteiligung, eine alltägliche Vermittlungsstätte zwischen Gesellschaft

sen auf die Selbstregierung bzw. die politische Selbstbestimmung in demokratischen Systemen.

- 22 Selbst wenn objektiv betrachtet Zeitdruck vorhanden ist, wird dieser in der Deliberation zunächst suspendiert bzw. in der Schwebe gelassen.
- 23 Hier wird nicht weiter darauf eingegangen, ob soziale Medien in der Lage sind, diese Aufgabe ganz oder teilweise zu übernehmen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass sie allein dies nicht können und die Präsenz im physischen Raum nicht ersetzt werden kann.

und einzelнем Akteur. Dies geschieht zum einen durch die zivilgesellschaftliche meinungsbildende Diskussion und zum anderen durch politische Willenskundgebung in den institutionalisierten demokratischen Formen von Wahlen und Abstimmungen. Dieses Zusammenspiel wird auf kommunaler Ebene meist als überschaubar, begreifbar und beeinflussbar erlebt. Zudem sind die dort behandelten Themen eng an der alltäglichen Lebenspraxis und mit unmittelbaren Ansprechpartnern in der Verwaltung verbunden. Dies eröffnet relativ leichten Zugang zum örtlichen Engagement in direkter persönlicher Kommunikation, unabhängig davon, ob es sich um formelle (z.B. institutionalisierte Abläufe, durch Verwaltungen organisierte Verfahren) oder informelle Öffentlichkeiten (z.B. spontane Treffen, soziale Netzwerke, Protestgruppen) handelt.

Was in Gestalt hinreichend generalisierten Willens als kommunikative Macht im örtlichen gesellschaftlichen Diskurs zustande kommt, wird im Bereich kommunaler Politik in entsprechende administrative Macht umgesetzt. Wesentliche Instrumente im Vorfeld von kommunalen Wahlen und anschließenden Entscheidungsprozessen sind beispielsweise Bürgerbeteiligungsverfahren oder offene Ortsteilräte, die eine Art Übergang zwischen den beiden Machttypen darstellen. In den Formen repräsentativer Demokratie schleifen sich dabei recht früh schon die politischen Parteien in die Meinungsbildungsprozesse ein. Mit ihren weltanschaulich geprägten Beteiligungsangeboten bilden sie einen wesentlichen Teil der gesellschaftlichen Heterogenität ab, die spätestens nach der Wahl – insbesondere bei Koalitionsnotwendigkeiten – in eine ausreichend inklusive Art administrativer Machtnutzung münden sollte. Im Gelingensfall kann diese Praxis von allen Beteiligten als gemeinschaftliche Tätigkeit, Selbstermächtigung und Erlangung von demokratischer Kompetenz erfahren werden.

Diese Vorstellungen zeigen sich beispielsweise in der Aufforderung »global denken und lokal handeln«, die sich aus der Rio-Konferenz 1992 ergab. Die Kommunen der Unterzeichnerländer wurden dort als Orte der Verwirklichung sinnvoller ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen identifiziert. Sie wurden aufgefordert, ihre Bürgerschaft, die örtliche Zivilgesellschaft und die ansässige Wirtschaft zu einer koordinierten Vorgehensweise im Hinblick auf Nachhaltigkeit zu bringen. Dazu sollten nach den notwendigen öffentlichen Diskussionen über Ziele und Realisierungsmöglichkeiten lokale Maßnahmen ergriffen werden, aus deren Aufsummierung weltweit spürbare Wirkungen entstehen würden. Diese Akteursliste sollte um

Wissenschaft und Expertengremien erweitert werden.²⁴ Sie könnten trotz zunehmender Skepsis glaubwürdige Expertise und den Anspruch auf die Verfolgung des Gemeinwohls in öffentliche Diskurse einbringen. Dass dies als positiv bewertet würde, zeigt sich z.B. in einer Untersuchung zur Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar: »Mit deutlichem Abstand wurde mit 43,4 % der Entscheidungstyp am häufigsten genannt, der den Fachleuten die Aufgabe der Information der Öffentlichkeit bzw. der Bürgerschaft zuspricht und der Politik die Orientierung an dieser Meinungsbildung. Deutlich weniger (7,7 %) gewünscht hingegen wird die direkte Übernahme der Entscheidungen durch Expert*innen« (Hochmuth/Mangold 2021: 64).²⁵

In den Kommunen finden sich also geeignete Kristallisationspunkte, an denen Meinungs- und Willensbildungsprozesse ansetzen können, die dann zum Tätigwerden führen. Sie entstehen bevorzugt dort, wo besondere lokale Betroffenheiten, in die man sich einbringen kann, zu finden sind oder wo nicht lokale Themen Betroffenheiten erzeugen, die lokalen Diskussionsbedarf auslösen. Erstere sind z.B. Bebauungsplanverfahren, beabsichtigte Nutzungsveränderungen kommunaler Areale, Umgestaltungen städtischer Verkehre oder die gezielte Wirkung öffentlicher kommunaler Güter und Transfers zum Ausgleich von ungleich verteilten Einkommen. Zu zweiten gehören etwa Fragen wie Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Rentensicherheit oder internationale Konflikte.

Zu allen diesen Themenbereichen sollten die im vorigen Abschnitt beschriebenen geregelten inhaltlichen Auseinandersetzungen geführt werden. Der Unterschied zwischen der Kommunikation im Nahbereich und der Massenkommunikation liegt in der Reichweite der Wirkung der Ergebnisse, die in den Gruppen, die sich mit einem aufgerufenen Thema befassten, erzielt wurden. Die einen wirken direkt in der unmittelbaren Lebenswelt der Beteiligten und können im Gelingensfall oftmals als Miterfolg des eigenen Handelns gesehen werden; so beispielsweise Gemeinderatsbeschlüsse, die sich auf Stellungnahmen und Vorschläge aus Beteiligungsverfahren zu kommunalen Bau-

24 Man könnte Wissenschaft und Expertengremien auch als zivilgesellschaftliche Akteure sehen, d.h. dann wären sie in der Liste bereits enthalten. Auf jeden Fall haben sie eine besondere Bedeutung als vertrauenswürdige Quelle von Informationen. Allerdings muss dieses Vertrauen noch weiter gestärkt werden, insbesondere weil das Vertrauen in den vergangenen Jahren gelitten hat. Ausführlich dazu: ALLEA 2019.

25 Wissenschaftler*innen waren in der Befragung als Fachleute und Expert*innen ausgewiesen.

oder Planungsvorhaben beziehen. Hier entsteht ein hohes Emotionalisierungs- und Motivationspotenzial, das für zukünftige Situationen die Schwelle der Überleitung von Problemwahrnehmung zu Handlungsbereitschaft senkt. Würde sich solches Verhalten verfestigen, indem bisher beteiligte Akteure dies in vergleichbaren Situationen beständig wiederholen und sie so zum Rollenmodell für andere Akteure werden, dann könnte sich auf Dauer ein kultureller Wandel zu selbstverständlich praktizierter demokratischer Teilhabe entwickeln.²⁶

Die Diskussionen um die anderen Themen haben keinen solch unmittelbaren Entscheidungseinfluss, folgen aber den gleichen Diskursregeln. Die daraus entstehenden Ergebnisse zielen auf staatliche, nationalstaatliche oder internationale Handlungsebenen, von denen die Beteiligten wissen, dass sie in repräsentativen Demokratien in aller Regel allein über Wahlen Einfluss auf die entsprechenden politischen Gremien nehmen können. Selbst bei stärkerer Betonung von plebiszitären Entscheidungen bleibt die praktische Auseinandersetzung mit dem Thema nicht zuletzt wegen der großen Betroffenenzahl und der deshalb dezentral zu organisierenden Diskussionsforen auf Distanz zu den daraus folgenden Handlungen (z.B. nationale Wahlergebnisse, entsprechende Gesetzgebung und Vollzug daraus resultierender Maßnahmen). Die Motivation zur Beteiligung an Auseinandersetzungen mit diesen Themen kommt weniger aus der Erwartung einer unmittelbar sichtbaren Beeinflussung als aus der Einsicht in die Sinnhaftigkeit der aktiven Beteiligung an Meinungs- und Willensbildungsprozessen. Ein wesentlicher Umstand ist dabei die durch freiwillige Teilhabe berechtigte Erwartung der Beteiligten, dass die Ergebnisse von Deliberationen über Informationen und moralische Fragestellungen vernünftig sind.

Sehr holzschnittartig kann man dies so sehen, dass nach dem Muster relativ niederschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten für lokale bürgerschaftliche Teilhabe und der oft direkt sichtbaren Wirksamkeit solchen Engagements auch überlokale Themen in ähnlicher Weise angegangen werden. Die Erfahrungen aus bürgerschaftlicher Beteiligung an lokalen Meinungs- und Willensbildungsprozessen könnten auf die Befassung mit überlokalen Themen übertragen werden. Falls sich solche Prozesse etablieren, kann daraus

26 Sinnfällig wird eine solch tiefe kulturelle Einschreibung in das Denken und die entsprechende Handlungsauslösung am Beispiel des Ehrenamts, das bei vielen Bürgern als selbstverständlich gilt. Eine ähnliche Einstellung wäre für die Bereitschaft zum aktiven Einsatz für demokratische Umgangsformen zu wünschen.

eine generelle Vorstellung des Zusammenwirkens von Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und Politik bzw. kommunikativer und administrativer Macht entstehen, die dazu motiviert, das Wissen um Probleme in Handlungen zu deren Abhilfe zu überführen.²⁷

Die Aktionsgruppen, die sich z.B. aus örtlichen Fragestellungen oder in der Folge von Rio 1992 entwickelten, können in vielen Fällen als gelungene Form des lokalen bürgerschaftlichen Engagements und der politischen Diskussion über globale Problemlagen gelten. Sie konnten in beiden Formen wesentliche Beiträge für die Erarbeitung von zufriedenstellend aufeinander abgestimmten Situationsdeutungen und Orientierungen liefern. Damit haben diese relativ leicht zugänglichen Kommunikationsräume oftmals lokale öffentliche Räume geschaffen, in die weitere Interessierte eintreten konnten oder die einem lokalen Publikum zumindest Informationen vermittelten, die jene von Presse, politischen Gremien und Verwaltung ergänzten. Auf diese Weise wurden politische Prozesse besser sichtbar für die Bürger.

Die bisherigen Aussagen in diesem und teilweise auch im vorigen Abschnitt sind vom grundsätzlichen Gedanken getragen, dass es in den Städten gute Beispiele für die öffentliche Befassung mit lokalen, aber auch mit thematisch darüber hinausgehenden Fragestellungen gibt und dass daraus in der Bevölkerung eine breite Beteiligung entstehen kann. Wie aber zuvor ebenfalls schon angesprochen, kann man momentan nicht davon ausgehen, dass dies schon hinreichend geschieht. Das als Möglichkeit dargestellte Potenzial wird bei weitem nicht ausgeschöpft. Die vom Gesetzgeber vorgesehenen und die als zivilgesellschaftliche Beteiligung geförderten Teilhabemöglichkeiten (z.B. Anhörungsverfahren einerseits und Bürgerinitiativen oder Agenda-Gruppen andererseits) werden trotz guter Beispiele und stets präsenter Wünsche nach mehr Partizipation noch nicht ausreichend genutzt.²⁸ Zum Teil werden andere Wege der Einflussnahme gesucht, die schneller oder direkter erscheinen, aber nicht dem oben beschriebenen Gedanken deliberativer Prozesse entsprechen. Die Forderung nach mehr Gehör für Bürgerbelange, verbunden mit dem Wunsch nach unmittelbarer Ansprache der Verwaltung, oder das Initiieren lokaler Presseberichte zu konkreten Anliegen tritt dabei meist als Alternative

27 An dieser Stelle wird nicht darauf eingegangen, wie wichtig es wäre, die Grundlagen demokratischer Umgangsformen fest in die schulische Bildung zu integrieren und lebensweltliche Umgebungen zu gestalten, die diese Lernprozesse unterstützen.

28 Siehe dazu Boockmann et al. 2020.

zu den umständlicheren Wegen über öffentliche Auseinandersetzungen und deren Ergebniskanalisation über Parteien auf.

Jenseits dieser beschränkten Partizipation, die zumindest Ansatzpunkte für eine positive Weiterentwicklung – ggf. durch Fördermaßnahmen – bietet, gibt es in vielen Stadtbereichen Tendenzen, die sogar in die entgegengesetzte Richtung zeigen. Sie lassen sich mit so unterschiedlichen Stichworten wie Anonymität, Isolation, Einsamkeit, Gewaltbereitschaft, Bedrohungsgefühl oder auch Umweltbelastung umreißen. Sie bewirken, dass die Bürger auf emotionale Distanz gehen und nicht an Partizipation interessiert sind, sie lassen viele gemeinwohlorientierte Möglichkeiten sozialen Handelns in der Lebenspraxis außer Sicht geraten und entpolitisieren die verbleibenden sozialen Kontakte. Aus anderer Perspektive bedeutet dies die Reduktion städtischen Lebens auf die unmittelbare Reproduktion der Arbeitskraft. Die kleinen intimen Räume der einzelnen Haushalte überlappen sich nicht mehr ausreichend, um daraus in Summe einen gegenwärtigen sozialen Raum zu bilden, in dem die beschriebenen öffentlichen deliberativen Prozesse möglich wären.

Städte bieten aber auch seit langer Zeit schon die physischen öffentlichen Räume für die Bürger an, in denen dies möglich wäre. Sie sind in die städtebaulichen Strukturen (z.B. Viertel und Quartiere oder Kern und Peripherie) integriert. Neben Verkehrs-, Erholungs- und Gewerbeflächen gibt es Teile des städtischen Areals, die im Idealfall so gestaltet sind, dass sie als offene Kommunikationsräume zur Begegnung der Bürger dienen und in denen diese eine sinnvolle Ergänzung zum abgegrenzten privaten Raum finden könnten. Wo jedoch vor einigen Jahrzehnten die bauliche Intimität städtischer Quartiere noch wie selbstverständlich zu lokaler Gemeinsamkeit und nachbarschaftlicher Hilfe führte oder durch Sport- und Kulturvereine lokale Identitäten entstanden, wird zunehmend die private Lebenssphäre in den Mittelpunkt gerückt. Es gibt kaum noch eine öffentliche Kommunikation im physischen Raum, und die ersatzweise Verlagerung in die sozialen Medien schafft momentan eher informationsverzerrende als vernünftige Meinungsbildung. Die Änderungen im Verhalten von Stadtbürgern lassen die Interpretation zu, dass es ihnen weniger um solidarische Umgangsformen geht als um die betonte Nutzung privater Räume. Nur stark einzelfallbezogen und thematisch eng begrenzt öffnet man sich der sozialen Nachbarschaft. Dadurch geht zunehmend das verloren, was traditionell eine Besonderheit urbanen Lebens war: durch die Zusammenkunft von Bürgern mit unterschiedlichen Vorstellungen öffentliche Räume schaffen. Die sinnvolle Verbindung von möglicher rationaler Auseinandersetzung über strittige Themen, zu denen man sich besprechen

muss, mit der daraus entstehenden emotionalen Bindung geht verloren. Die sich aus direkter Rede entwickelnden Zusammengehörigkeitsgefühle und die entsprechenden Identitätsfindungen werden behindert, weil keine Balance zwischen privater und gemeinsamer Meinungsbildung mehr gefunden wird.

Um dem entgegenzuwirken, kann man an den stadtplanerischen bzw. städtebaulichen Möglichkeiten anknüpfen und die Förderung sozialer Beziehungen einbeziehen. Staatliche Programme wie beispielsweise »Soziale Stadt« (1999 bis 2019), »Soziale Integration im Quartier« (2017 bis 2020) und »Sozialer Zusammenhalt« (seit 2020) bieten ausbaufähige Grundlagen hierfür – nicht allein beim Versuch ideale Stadtsituationen neu zu schaffen, sondern auch in der intensiveren Nutzung vorhandener Strukturen, selbst wenn diese problematisch sind. Beim Wohnen beispielsweise zeigt sich eine sozialräumliche Fragmentierung, d.h. eine räumliche Gliederung nach sozialen Unterschieden, die einerseits durch Merkmale wie Bildung, Einkommen oder Migrationsgeschichte und andererseits – aus veränderter Perspektive – durch die Zugehörigkeit zu Schichten, Klassen und Milieus beschrieben werden kann. Trotz dieser sozioökonomischen Segmentierung und der unter diesen Aspekten auf den ersten Blick recht homogen erscheinenden Wohnbevölkerung der einzelnen Stadtteile oder Quartiere kennzeichnen sich urbane Lebenswelten jedoch auch durch merkbare individuelle Unterschiede der Personen und Haushalte innerhalb dieser Sozialräume. Interessen sind nicht per se viertelgebunden und Themen variieren nicht unbedingt entlang der sozialen Gruppenzugehörigkeiten. Diese Gemengelage erfordert ein Mindestmaß an dauerhaft funktionierenden Formen gesicherter Selbstorganisation, die durchaus als deliberative Verfahren organisiert werden könnten. Durch eine geeignete Gestaltung von städtischen Aktionsräumen wären sozialisierende Wirkungen im Hinblick auf die Beteiligung an öffentlichen Diskursen als Teil sozialer Identitätssicherung erreichbar. Ungeachtet oftmals komplizierter lokaler Problemlagen und aktuell bei weitem nicht ausreichender aktiver Teilhabe der Bürger an der Lösungssuche bleiben die Kommunen der naheliegendste Weg zur Implementierung solcher Verfahren. Hier kann die Stadtbevölkerung Erfahrungen als gemeinschaftlicher Akteur machen. Wächst sich dies aus zu einem Selbstverständnis von aktiver Gestaltung kommunikativer Macht und Anerkennung von so zustande gekommener administrativer Macht, auch wenn sie unvermeidbare (Selbst-)Beschränkungen einfordert, sind auch über kommunale Fragen hinausgehende Probleme deliberativ handhabbar.

Literatur

- All European Academies (ALLEA) (2019): Trust in Science and Changing Landscapes of Communication; ALLEA Discussion Paper #3. https://www.allea.org/wp-content/uploads/2019/01/ALLEA_Trust_in_Science_and_Changing_Landscapes_of_Communication-1.pdf ; letzter Abruf 10.03.2025
- Apel, Karl-Otto (1982): Die Situation des Menschen als ethisches Problem, in: Zeitschrift für Pädagogik 28 (1982) 5, S. 677–693.
- Bertling, Jürgen/Bertling, Ralf/Hamann, Leandra (2018): Kunststoffe in der Umwelt: Mikro- und Makroplastik; Kurzfassung der Konsortialstudie; Fraunhofer – Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik, Fraunhofer UMSICHT (Hg.), Oberhausen. <file:///Users/mangold/Downloads/kunststoffe-id-umwelt-konsortialstudie-mikroplastik.pdf> ; letzter Abruf 10.05.2025
- Bieling, Hans-Jürgen/Coburger, Carla/Klösel, Patrick (2021): Kapitalismusanalysen – Klassische und neue Konzeptionen der Politischen Ökonomie, Frankfurt a.M.
- Boockmann, Bernhard/Hochmuth, Uwe/Klee, Günther/Mangold, Michael/Scheu, Tobias (2020): Open Government Data – Ziele, Umsetzung und mögliche künftige Verlaufsformen, Study 442 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- BUND (o.J.): Mikroplastik – eine große Gefahr für unsere Umwelt; <https://www.bund.net/meere/mikroplastik/> ; letzter Abruf 09.01.2025
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Soziale Situation in Deutschland – Einkommensverteilung. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61769/einkommensverteilung/> ; letzter Abruf 31.12.2024
- Etzioni, Amitai (1975/2009): Die aktive Gesellschaft – Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Goebel, Jan/Krause, Peter (2024): Einkommensentwicklung und -verteilung, in: Sozialbericht 2024, Kap. 5.3.1; Bonn, S. 203–207.
- Goebel, Jan/Krause, Peter (2024): Einkommensschichtung und relative Armut, in: Sozialbericht 2024, Kap. 5.3.2; Bonn, S. 207–209.
- Grabka, Markus M. (2021): Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen – Trends, Treiber, Politikmaßnahmen, in: Wirtschaftsdienst, 101. Jahrgang, 2021, Heft 7, S. 506–515. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/7/beitrag/ungleichheit-der-haushaltsnettoeinkommen-trends-treiber-politikmassnahmen.html> ; letzter Abruf 14.02.2025

- Grabka, Markus M. (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, in: DIW Wochenbericht 23/2022; S. 330–337. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.842401.de/22-23-1.pdf ; letzter Abruf 14.02.2025
- Grunwald, Armin (2012): Technikzukünfte als Medium von Zukunftsdebatten und Technikgestaltung, Karlsruhe.
- Guterres, Antonio (2024): Neujahrsbotschaft 2025; Vereinte Nationen; UNIS/SGSM/1468 vom 30.12.2024. <https://unis.unvienna.org/unis/de/pressrels/2024/unissgsm1468.html> ; letzter Abruf 30.12.2024
- Habermas, Jürgen (1984): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien; in: Jürgen Habermas (Hg.): Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M., S. 141–163.
- Habermas, Jürgen (1992/2017): Faktizität und Geltung, 6. Aufl. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin.
- Hauser, Richard (2008): Das Maß der Armut: Armuts Grenzen im sozialstaatlichen Kontext; in: Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Moggen-Grotjahn (Hg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden, S. 94–117.
- Helmholtz Klima Initiative (2012/2021): Gibt es wirklich einen Klimawandel? <https://www.helmholtz-klima.de/klimafakten/behauptung-schon-ueber-500-forscher-bezweifeln-den-menschengemachten-klimawandel>; letzter Abruf 22.12.24
- Hochmuth, Uwe/Mangold, Michael (2021): Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar – Ergebnisse einer Befragung, in: Stadtforschung und Statistik, 2/2021, S. 58–66.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2024): IW-Verteilungsreport 2024: Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik. <https://www.iwkoeln.de/studien/judith-niehues-maximilian-stockhausen-aktuelle-trends-und-herausforderungen-fuer-die-verteilungspolitik.html>; letzter Abruf 02.01.2025
- Kopernikus Projekt Ariadne Potsdam-Institut für Klimaabfolgen-Forschung (2021): Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 – Szenarien und Pfade im Modellvergleich, Potsdam.
- Kott, Christina/Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Einkommen und Einkommensverteilung; Teil des Sozialberichts 2024 – Kapitel 5.2.1.

- <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553205/einkommen-und-einkommensverteilung/>; letzter Abruf 02.01.2025; gesamter Sozialbericht 2024: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/>; letzter Abruf 02.01.2025
- Krüger, Uwe (2019): Strukturwandel der Öffentlichkeit: von der Mediendemokratie zur Internetdemokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/lobbyismus/286817/strukturwandel-der-oeffentlichkeit-von-der-mediendemokratie-zur-internetdemokratie/>; letzter Abruf 01.02.2025
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2021): Klimawandel: Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten, Halle (Saale).
- Niehues, Judith//Stockhausen, Maximilian (2024): Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik – IW-Verteilungsreport 2024; IW-Report 49/2024, Köln. <https://www.iwkoeln.de/studien/judith-niehues-maximilian-stockhausen-aktuelle-trends-und-herausforderungen-fuer-die-verteilungspolitik.html>; letzter Abruf 02.01.2024
- Pieper, Annemarie (2017): Einführung in die Ethik, 7. aktual. Aufl., Tübingen.
- Ranciere, Jacques (2024): Es gibt keine Krise der Demokratie, weil es keine wirkliche Demokratie gibt, Interview mit Jaques Ranciere vom 25.06.2024, in: philosophie magazin. <https://www.philomag.de/artikel/jacques-ranciere-es-gibt-keine-krise-der-demokratie-weil-es-keine-wirkliche-demokratie>; letzter Abruf 17.01.2025
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Sandel, Michael J. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratie zerreißt, Frankfurt a.M.
- Seddig, Nadine/Holz, Gerda/Landes Benjamin (2017: Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen (FGW-Studie Vorbeugende Sozialpolitik, 4). Düsseldorf. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67294-9>; letzter Abruf 15.02.2025
- Spannagel, Dorothee/Brülle, Jan (2025): Weniger Umverteilung – Warum der Sozialstaat schlechter vor Armut schützt, in: WSI Report Nr. 99, Februar 2025. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-009058/p_wsi_report_99_2025.pdf; letzter Abruf 14.02.2025
- Statistisches Bundesamt (2025): G20 verursachen 83 % der globalen fossilen CO₂-Emissionen. https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html; letzter Abruf 09.01.2025

Umweltbundesamt (2024): Erneuerbare Energien in Zahlen. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick> ; letzter Abruf 09.01.2025